

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Wochentliches Abonnementpreis 0,75 M.;
bei fortw. Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1918)
Berlin N.O. 55, Weißsiedler Straße 22/23B.

Einzeigen pro Zeile:
Gesamtsatzung, 40 Pf., Familienzug, 25 Pf.
Verbandszug, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Weißsiedlerstraße 22/23B.
Gesamtwortgeber: Axel Alexander, Nr. 173B.

Nr. 25/26.

Berlin, Sonnabend, 30. März 1918.

Fünzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Gewerksvereinswesen. — Unsere Ortsverbände im Jahre 1917. — Die deutschen Sparklassen und die Kriegsanleihe. — Allgemeine Rundschau. — Antiföderalist. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Gewerksvereinswesen.

Wer in der Organisation tätig ist, hat nur selten Feiertage, wenigstens in dem Sinne, daß man darunter Ruhetage versteht. An Ostern und Pfingsten insbesondere beginnen in der Regel Delegiertentage und Generalversammlungen, zu denen die führenden Kollegen und Kolleginnen aus dem ganzen Reich zusammenströmen, um für die nächsten Jahre die Richtlinien für die Tätigkeit ihres Gewerksvereins festzulegen. Wenn diese Tagungen in eine so ernste Zeit wie jetzt fallen, kommt ihnen natürlich eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Verantwortung, die auf den Abgeordneten ruht, ist noch viel schwerer als in Jahren des Friedens. Lassen sich doch die Verhältnisse in ihrer weiteren Gestaltung noch keineswegs klar überblicken. Viele Maßnahmen müssen da ins Auge gefaßt werden, und die Delegierten haben bei ihrer Beschlusfassung ein hohes Maß von Weltblick anzuwenden, wenn sie das Richtige treffen und damit ihrem Gewerksverein die Entwicklungsbahn ebnen wollen.

Der Gewerksverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter und der Gewerksverein der Deutschen Frauen und Mädchen werden in den Osterfeiertagen und in der darauffolgenden Woche Gäste im Verbandsbauhaus zu Berlin sein, das sich naturgemäß im Laufe der Jahre zur traditionellen Tagungsstätte herausgebildet hat. Von Herzen heißen wir die Kollegen und Kolleginnen in eigenen Heim willkommen. Daran knüpfen wir aber gleichzeitig den Wunsch, daß die Tagungen dieser beiden Glieder unseres Verbandes, die in das Jahr des 50jährigen Bestehens unserer Gesamtorganisation fallen, einen Markstein bilden mögen in der Geschichte der Deutschen Gewerksvereine und der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt, daß ihre Verhandlungen getragen seien von dem idealen Geiste, der den Gründer unserer Gemeinschaft befehle, daß ihre Beschlüsse, frei von kleinlichen Bedenken, großzügig gefaßt und dann auch so durchgeführt werden, daß alle Hindernisse, die sich der Ausbreitung unserer Ideen entgegenstellen, überannt werden können und unserer Gesamtorganisation die ihr gebührende Stellung und Anerkennung gesichert wird.

Nicht auf geringfügige Satzungsänderungen kommt es jetzt an. Es handelt sich vielmehr darum, dafür zu sorgen, daß den Arbeiterorganisationen im neuen Deutschland die ihnen zukommende Beachtung zuteil wird, daß man mit ihnen als mit sozialen Notwendigkeiten rechnet und daß unser Verband als gewichtiger Faktor dabei mit in Betracht gezogen wird. Eine Macht müssen und wollen wir bilden, an der weder Feind noch Freund achtlos vorübergehen darf. Dieser Gedanke muß die Teilnehmer an unsern Osterausgaben leiten, gleichviel ob sie als Abgeordnete oder als Beamte ihre Gewerksvereins daran teilnehmen. Und zum Glück dürfen wir das Vertrauen hegen, daß unsere auf sie gestellten Erwartungen nicht enttäuscht werden.

Vorbedingungen für die Nacht sind große Mitgliederzahlen und gefüllte Kassen. Daß der Beitragsfrage diesmal besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, das haben wir bereits im Leitartikel unserer letzten Nummer ausgeführt, so daß wir uns heute weitere

Bemerkungen darüber ersparen können. Ebenso wichtig aber, wenn nicht noch wichtiger ist es, daß die Zahl der Anhänger unablässig vermehrt wird. Breite Lücken hat der Krieg in unsere Reihen gerissen, die es wieder auszufüllen gilt. Es müssen nur die richtigen Mittel und Wege gefunden werden, die den großen Massen der Unorganisierten den Anschluß an die Organisation als notwendig und wünschenswert erscheinen lassen. Und diese Mittel und Wege zu zeigen, ist die Aufgabe der Delegiertentage.

An Organisationsmöglichkeiten fehlt es auch jetzt nicht. Gerade die letzten Monate haben den Arbeiterorganisationen aller Richtungen bedeutenden Zuwachs gebracht. Der Krieg hat als Erzieher gewirkt und manchen Indifferenten den Wert und die Bedeutung des Zusammenschlusses mit seinen Berufskollegen eindringlich zu Gemüte geführt. Diese Strömung muß ausgenutzt und gefördert werden. Unserm Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter steht dafür ein weites und fruchtbares Betätigungsfeld offen. In den demselben Fabrikern namentlich sind noch Hunderttausende von Arbeitern organisationsfähig. Viele von ihnen sind erst jetzt, unter dem Druck der Verhältnisse, dort eingezogen. Unter ihnen muß in erster Linie mit einer tatkräftigen, aber auch nachhaltigen Werbearbeit begonnen werden. Das ist aber nur ein Beispiel für viele. Auch in zahlreichen anderen Gewerben sind bei Eifer und festem Willen Erfolge zu erzielen. Wir verweisen ferner auf die Land- und Forstwirtschaft, und nicht zu vergessen den Kohlen- und Erzbergbau. Wenn da alle Kräfte angepannt werden, mühte es mit dem Teufel zu geben, wenn es nicht gelänge, noch in diesem Jahre mindestens wieder auf diejenige Mitgliederzahl zu kommen, die der Gewerksverein vor Kriegsausbruch aufweisen konnte.

Genau so, vielleicht sogar noch günstiger liegen die Verhältnisse für den Gewerksverein der Frauen und Mädchen. Hier zählt das Meer derjenigen, die neu in die Erwerbsarbeit eingetreten sind, nach Millionen. Berufe, in denen man doch vor fünf Jahren die Frauenarbeit für ein Ding der Unmöglichkeit gehalten hätte, sind jetzt mit Frauen angefüllt. Siderlich werden viele von ihnen, wenn der Friede geschlossen ist und die Feldgrauen wieder heimgeführt sind, sich ihrer häuslichen Beschäftigung wieder zuwenden. Denn der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe ist so manches arme Weib in die Fabrik gegangen. Leider aber werden ebensoviele auch für die Zukunft auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sein, denen der Ernährer entziffen ist, oder deren Ernährer wegen einer Krankheit oder sonstiger Kriegsbeschädigung, einschließlich seiner Rente, nicht mehr genug zum Unterhalt der Familie herbeizuschaffen vermag. Und sind nicht auch die Verheiratungsmöglichkeiten dadurch erheblich gesunken, daß leider Hunderttausende kräftiger, heiratungsfähiger Männer ihr Leben haben dahingeben müssen? Wenn man das alles den jetzt arbeitenden Frauen vor Augen hält, wenn man ihnen ferner schilbert, daß die Organisation in allen Wechselfällen des Lebens einen starken Rückhalt bildet, dann kann es unseres Erachtens nicht allzuschwer sein, auch die Mitgliederzahlen unseres Gewerksvereins der Frauen und Mädchen um Laufende zu erhöhen.

Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, im einzelnen die Agitationsmöglichkeiten aufzuwählen, die sich uns bieten. Aber es ist unsere Pflicht, wenn wir die Gewerksvereinsvertreter befragen, sie auch nochmals auf die Hauptausgangspunkte hinzuweisen, die nach unserer Meinung besonders ins

Auge gefaßt werden müssen. Dabei hegen wir die Zuversicht, daß die Männer und Frauen, die als erwählte Vertreter ihres Gewerksvereins nach Berlin kommen, die zum Teil seit Jahrzehnten in der Bewegung stehen und das ihnen geschenkte Vertrauen ihren Erfahrungen und ihrer Tätigkeit für unsere Sache verdanken, schon selbst nach bestem Wissen und Gewissen ihre Entscheidung treffen werden. Nur keine Engbarigkeit und Rücksicht auf Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten, sondern den Blick auf das Große und in die Zukunft gerichtet!

Aber die besten Beschlüsse, die vorteilhaftesten Satzungen nützen natürlich nichts, wenn sie nicht auch von der Masse der Mitglieaber agitatorisch ausgenutzt werden. Und das gilt nicht nur für die Angehörigen der Gewerksvereine, die zu Ostern in Berlin tagen werden, sondern für jeden einzelnen von uns. Wir alle müssen uns bemühen, was für uns auf dem Spiele steht. Bei den gewaltigen Umwälzungen, die sich rinas um uns vollzogen haben und noch weiter vor sich gehen, ist es unbedingt notwendig, daß sich die Arbeiterschaft, wenn sie nicht unter die Räder der gewaltig fortschreitenden Zeit geraten will, in ihren Organisationen eine machtvolle Vertretung schafft, die in unserm Staats- und Wirtschaftsleben jeder Zeit sich Gehör verschaffen kann. Die Organisationen müssen nach dem Kriege einen Faktor bilden, der in allen sozialen und wirtschaftlichen Dingen sein Gewicht in die Waagschale zu werfen hat. Die Deutschen Gewerksvereine aber dürfen dabei nicht die letzte Rolle spielen. Das sind wir unserer Vergangenheit, unserer Geschichte schuldig, und deshalb möge dieses Osterfest, hoffentlich das letzte in dieser grausigen Kriegszeit, in allen Gewerksvereinsmitgliedern den Willen erwachen lassen, alles daranzusetzen, daß unsere Organisation im Innern gefestigt und nach außen so gestärkt wird, daß sie allen Stürmen, die uns bevorstehen, gewachsen ist. Dann werden auch wir mit dazu beitragen, daß aus der blutigen Saat, die rings um uns ausgestreut ist, als Ernste eine Zeit hervor geht, in der sich jeder, auch der einfachste Mann, im deutschen Vaterland wohl und als Gleichberechtigter unter allen Volksgenossen fühlt.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1917.

(Schluß.)

Die allgemeine Tätigkeit der Ortsverbände erstreckte sich auf alle Fragen, die für die Arbeiterschaft von Bedeutung sind. Das dabei die Ueberwindung der Ernährungs-schwierigkeiten ganz besonders in den Vordergrund trat, bedarf keiner besonderen Erklärung; das ist heute eine Selbstverständlichkeit, und die Ortsverbände haben sich auch eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Im Zusammenhange mit den Preissteigerungen für alle Bedarfsgegenstände sind die Ortsverbände auch mit allgemeinen Forderungen auf Gewährung von Teuerungszulagen an die Unternehmer herangetreten, wobei zum Teil gute Erfolge erzielt wurden, wenn auch nicht in allen Fällen. Es ist durchaus anzuerkennen, wenn bei der allgemeinen Teuerung die Erlangung höherer Löhne nicht nur in das Ermessen der einzelnen Berufs-Ortsvereine gestellt wird, sondern wenn hier auch die Ortsverbände, da wo es angebracht ist, die Entschlußkraft zum Vorgehen betätigen. Denn es handelt sich in der Jetztzeit dabei doch auch um allgemeine Interessen.

Ein Teil der Ortsverbände hat sich genötigt gesehen die Mißstände, die sich bei der Anwen-

dung des Hilfsdienstgesetzes heraus- gestellt haben, zu beteiligen. Sie sind unter An- führung von Material an die Kreisämter, Schlich- tungsstellen usw. herangetreten, haben Besserung gefordert und teilweise auch durchsetzen können. Die Regelung des Arbeitsnachweises hat ebenfalls einem Teil der Ortsverbände Ver- anlassung gegeben, Eingaben an die zuständigen Behörden zu richten, im Sinne der von uns ver- tretenen Grundzüge. Im engen Zusammenhang hiernit steht auch die Erwerbslostenfür- sorge, die jetzt insbesondere für die sogenannten „gestreckten“ Berufe von Wichtigkeit ist und die mit dem Friedensschluß noch erhöhte Bedeutung erlangen wird. Auch in dieser Frage waren unsere Ortsverbände nicht untätig. Sie haben weiter auch zu den Fragen der Uebergangs- wirt- schaft, zur Kriegsbeschädigtenver- sorgung und Kriegshinterbliebenen- fürsorge, dort wo das nötig war, Stellung ge- nommen. Auch die Wohnungsfrage ist von ihnen nicht unbeachtet gelassen worden, und gerade auf diesem Gebiete wird schon im laufenden Jahr eine rege Tätigkeit der Ortsverbände einleiten müssen. Die Regelung dieser Frage ist so bren- nend, daß man an ihr nicht vorbeigehen kann. Hier müssen die Ortsverbände möglichst mit bestimmten praktischen Vorschlägen an die Gemeindegörden herantreten, wo sich irgendwie Gelegenheit dazu bietet. Hier erwächst uns eine dankbare Aufgabe, die für das Volkwohl von unermeßlicher Bedeu- tung ist. Es gibt also eine ganze Reihe von Ar- beiten, die geleistet werden müssen, und an Be- ratungsstoff für die Versammlungen fehlt es tat- sächlich nicht. Unsere Ortsverbände können in allen diesen Dingen eine große Wirksamkeit ent- falten, wenn sie nur wollen, und wir sind über- zeugt, daß unsere Verbandskollegen an den hierzu erforderlichen Versammlungen auch teilnehmen werden. Liegt es doch im Interesse eines jeden, daß alle diese Fragen eine zweckdienliche Lösung finden.

Wenn wir als Arbeiterorganisation, die auf freiheitlich-nationalen Boden steht, in wirksamer Weise für unsere Sache und ihre Grundzüge ein- treten wollen, wenn uns daran gelegen ist unsere Gedanken und Forderungen mehr und mehr zur Geltung gelangen zu lassen, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, daß Kollegen aus unseren Reihen in den verschiedensten Stellen der öffent- lichen Verordnungsstellen und der Verwal- tung ehrenamtlich tätig sind. Die Verwal- tungsgeschichte ist so einschneidend, worden, daß auch der Arbeitervertreter eine Einwirkung auf die Gestaltung der Dinge ausüben, und für die Ver- waltungskörperlichkeiten in den Gemeinden bestcht keine Bestimmung, die den Arbeiter von der Be- tätigung ausschließt. Das hat zur Folge gehabt, daß sich die verschiedenen Richtungen in der Ar- beiterbewegung bemüht haben, ihre Anhänger in derartige Stellen hineinzuwählen. Auch unsere Ortsverbände haben vielfach in diesem Sinne ge- wirkt, und gerade bei den Wahlen zu den Stra- ßenratsvorständen und Gewerbe- gerichten macht sich der Zusammenhalt in Ortsverbänden zur gemeinsamen Betätigung dieser Wahlen notwendig. Hier kann ein einzel- ner Ortsverein nicht erreichen, es müssen alle beteiligten Ortsvereine im Ortsverband zusammen- halten und durch gemeinsame Arbeit, die unter gewissen Voraussetzungen auch auf andere be- freundete Vereine ausgedehnt werden kann, Er- folge zu erreichen suchen, die mindestens dem Stärkeverhältnis entsprechen. Die immer mehr zur Durchführung gelangende Verhältniswahl bietet hinreichend Gelegenheit hierzu. Durch diese gemeinsame Tätigkeit ist es möglich geworden, daß die 148 beratenden Ortsverbände 333 Kollegen in die Vorstände der Krankenkassen dirigieren konnten. Als Gewerbegerichtsbeisitzer sind in diesen Ortsverbänden 83 Kollegen tätig. Die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Schlich- tungsausschüsse im Bezirk der beratenden Orts- verbände sind durch 26 Gewerbevereine besetzt, die Arbeiterausschüsse durch 89 Kollegen.

Unsere Organisation hat aber auch stets dahin gewirkt, die Gleichberechtigung der Arbeiter als Staatsbürger zur Geltung zu bringen. Dazu ge- hört auch eine Beteiligung in den Verwaltungs- organen der Gemeinden als Stadtverord- nete oder Gemeindevertreter. Die Durchsetzung dieses Grundzuges ist von regen Ortsverbänden teils völlig selbständig, teils aber auch auf deren Anregung unter Mitwirkung be- freundeter Vereinigungen erfolgt. Die einge- gangenen Berichte der Ortsverbände lassen er- kennen, daß 90 Verbandskollegen als Stadtver- ordnete oder Gemeindevertreter ehrenamtlich tätig sind. Betrachten wir uns die Tatsache, daß in

diesen Körperlichkeiten sozialpolitische Fragen der verschiedensten Art zur Beratung und Beschluß- fassung stehen, die auf die wirtschaftlichen Ver- hältnisse der Arbeiterklasse einwirken, dann kann nicht geleugnet werden, daß die Notwendigkeit einer Mitarbeit von Gewerkekollegen in diesen Körperlichkeiten vorliegt. Die Regelung des Arbeitsnachweises, die Erwerbslostenfürsorge, die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und insbe- sondere die Ueberwindung der Ernährungs- schwierigkeiten in der Jetztzeit sowie die Woh- nungsfrage sind Dinge, die nicht ohne Hin- zuziehung von Vertretern der Ge- werkevereine erledigt werden sollten. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, unsere Ortsver- bände erneut an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß sie nicht nachlassen dürfen, auch Gewerke- vereiner mit derartigen Ämtern zu betrauen, und daß insbesondere die Ortsverbände, die es in dieser Frage bisher an dem notwendigen Eifer fehlen ließen, angezogen werden müssen etwas energij- cher vorzugehen. Wenn hier Erfolg erreicht wer- den sollen, dann ist es natürlich nicht zu umgehen, daß sich unsere Kollegen als Staatsbürger betätigen und in den ihnen zugehörigen politischen Or- ganisationen im Sinne der Gewerkevereinsache und ihrer Forderungen wirken. Ohne eine solche Betätigung können wir nicht zur Durchsetzung unserer Wünsche.

Aber auch in der Rechtspflege sind Gewerkevereiner tätig. Als Schöffen und Ge- schworene sind 58 Verbandskollegen ausgetost. Das Laienmitglied in den Schöffen- und Schwurgerich- ten darf nicht nur aus Reihen der besitzenden Klassen gebildet werden, es müssen dabei auch Ver- treter der Arbeiter mitwirken, die ein klares Ur- teil über die Not des Volkes besitzen und die aus ihren eigenen Erfahrungen die Seele des Volkes gerecht zu beurteilen vermögen. Die uns obliegen- den Arbeiten sind somit keineswegs eng begrenzt, sie umfassen ein weites Gebiet der Arbeiterfürsorge und der Arbeitervertretung, das aber nicht ge- nügend bearbeitet und beachtet werden kann, wenn nicht auch die Ortsverbände ihren Teil an Arbeit leisten, ohne die es nun einmal nicht geht.

Es herrscht in den Kreisen unserer Verbands- kollegen vielfach nicht die erforderliche Ein- sichtigkeit über die Bedeutung unserer Ortsver- bände. Um hierüber die notwendige Klarheit zu verbreiten, ist im verfloffenen Jahre eine Reihe von Ortsverbandskonferenzen abge- halten worden, auf denen ein Vertreter des ge- schäftsleitenden Ausschusses über die Bedeutung der Ortsverbände gesprochen hat. Derartige Konferenzen haben stattgefunden in Walden- burg, Liegnitz, Borns, Gleiwitz, Ufm. Sagan, Aichersleben, Chemnitz, Posen, Stettin, Dessau, Elbing, Jena, Sagan und Dresden. Diese Konfe- renzen sollen auch nach Bedarf fortgesetzt werden. Sie werden ihren Zweck erfüllen, wenn die Be- teiligung rege genug ist und wenn die auf den Konferenzen anwesenden Vertreter der Ortsver- bände und Ortsvereine das dort Gehörte in zweck- dienlicher Weise weiter verbreiten.

Am Schluß unserer Ausführungen über die Ortsverbände für 1916 sprachen wir den Wunsch aus, daß unser nächster Bericht in die Friedens- zeit fallen möge. Diese Hoffnung hat sich bisher leider nicht erfüllt. Wenn auch der Ring unserer Feinde im Osten gesprengt ist und dort der Friede seinen Einzug hält, so ist leider der Kampf im Westen noch nicht zu Ende, und wir haben noch nicht das große Glück, unsere aus dem Felde dauernd heimkehrenden Verbandskollegen begrüßen zu können. Umjomehr haben wir Dabeimgebliebenen die Pflicht, nicht nur der Zusammenhalt in der Organisation weiter zu pflegen, sondern auch ihre Leistungsfähigkeit zu stärken. Dazu gehört auch der Ausbau unserer Ortsverbände zu Ein- richtungen, die ihren kommenden Aufgaben voll gewachsen sind, der lückenlose Anschluß der Ortsvereine, die den Ortsverbänden noch fern stehen, soweit sie zum Bezirk eines Ortsver- bandes gehören, die Errichtung neuer Ortsver- bände, wo sie sich noch nicht vorhanden sind, wo aber die Vorbedingungen bestehen, und gegebenenfalls auch der Zusammenhalt kleinerer Ortsverbände zu einem großen, um damit Leistungsfähigkeit und Widerstands- fähigkeit zu steigern. Die Ortsverbände sollen wirksame Helfer zur Förderung unserer allge- meineren Interessen sein, und sie werden es immer mehr werden, je besser es die Verbandskollegen verstehen, das Interesse an diesen Einrichtungen dauernd wach zu halten.

Gust. Sartmann.

Die deutschen Sparkassen und die Kriegsanleihe.

Als der Schatzsekretär Graf v. Roedern bei seiner Etatsrede mitteilte, daß die deutschen Spar- einlagen sich im vergangenen Jahre um über 3½ Milliarden Mark vermehrt hätten, und zwar nach Abzug aller Zeichnungen der Sparer auf die Kriegsanleihe, da erscholl Bravo. Es galt den deutschen Sparern. Mit Recht verdienen sie Aner- kennung, denn eine solche Kraftstärkung im vier- ten Kriegsjahr ist wie ein wirtschaftlicher Sieg des arbeitenden Volkes und muß im Ausland als solcher empfunden werden. Und damit war der Höhepunkt noch nicht erreicht, denn der erste Mo- nat des neuen Jahres brachte eine weitere Stei- gerung der Spareinlagen um nicht weniger als 1½ Milliarden Mark, und nach allem was man hört, hat der Februar hunderte von Millionen Mark hinzugefügt, so daß die deutschen Sparkassen bis zum Schluß der jetzt ausstehenden Zeichnung wenigstens noch eine zweite Milliarde hinzubekom- men werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Lust zum Sparen in immer weitere Kreise dringt. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Sparer um über 1½ Millionen vermehrt, und viele sind unter den neuemwerbenden Sparern die gleich eine hübsche Summe auf einmal zur Spar- kasse getragen haben. Eine interessante Statistik hat die Berliner Sparkasse aufgestellt. Sie sucht bei jedem der von ihr neuemwerbenden Sparer den Beruf zu ermitteln. Im vergangenen Jahr konnte dies bei 95 000 neuen Sparern geschehen. Da zeigt es sich nun, daß nicht weniger als 21 000 neue Sparbücher für Arbeiter, Laachöhner, Fabrik- arbeiter und deren Familienangehörige, 23 000 für Gejellen, Lehrlinge, Kaufmännische und ge- werbliche Angestellte und deren Angehörige und 6000 für Dienstboten ausgestellt worden sind. Das ist zusammen mehr als die Hälfte der neuen Sparer. Man darf nun nicht denken, daß es sich bei diesen immer nur um kleine Beträge gehan- delt habe. Nicht weniger als ein Drittel hat gleich mit mindestens 100 Mark angefangen. Viele haben erst mehrere hundert Mark zusammen- kommen lassen, bevor der Gang zur Sparkasse er- folgte. Was hier von Berlin festgestellt ist, hat sich mehr oder weniger bei allen Sparkassen ge- zeigt, und nicht nur bei den neuen, sondern auch bei den alten Sparkassenbüchern. Diese allgemeine Steigerung des Volkswohlstandes ist eine gute Vor- bedingung für die Kriegsanleihe. Die Kriegsan- leihe wird mehr denn je eine Volksanleihe sein. Daran werden die Sparer der deutschen Spar- kassen einen starken Anteil haben.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. März 1918.

Mit dieser letzten Nummer des ersten Quar- tals hört zunächst für die Kreisämter das achtstägige Erscheinen des „Gewerkeverein“ auf. Vom nächsten Vierteljahr ab wird das Verbandsorgan vor- läufig nur alle 14 Tage in die Hände der Kol- legen gelangen. Die Nr. 27/28 kommt allerdings als erste Nummer des neuen Quartals am 6. April heraus, die darauffolgende am 20. April und dann regelmäßig so fort. Bei dieser Gelegenheit weisen wir die Schriftführer nochmals darauf hin, daß der Verbandskalender für die Zukunft fortfällt, Versammlungsanzeigen der Ortsvereine also nur noch in den Kochorganen aufgenommen werden. Die Ortsverbände werden gut daran tun, sich mit der befreundeten Lokalpresse in Verbindung zu setzen und sie um Bekanntgabe der Ortsverbands-Versammlungen zu ersuchen. Außerdem wird auch erneut darum ersucht, die Berichte über Ortsverbandsversammlungen für den „Gewerkeverein“ möglichst knapp zu halten und nur die Hauptfachen mitzuteilen, damit möglichst viel Raum für andere Zwecke erübrigt wird.

Endlich seien die Organempfänger gleichzeitig noch einmal daran erinnert, daß das Be- stellgeld für jedes Exemplar und pro Vierteljahr 6 Wfr. beträgt, die bei der Zustellung der ersten Nummer dem Briefträger ausgehändigt werden müssen. Sonst treten Störungen in der regel- mäßigen Lieferung ein, die unbedingt vermieden werden müssen.

Sein 75. Lebensjahr vollendet am 30. März der Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch. Diesen Tag können auch die Deutschen Gewerksvereine nicht vorübergehen lassen, ohne ihm ihre herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Dazu drängt uns das Gefühl der Dankbarkeit für all das, was dieser edle Mann für die deutsche Arbeiterschaft geleistet hat. Ist doch dadurch sein Name unauslöschlich in das Buch der Geschichte des deutschen Arbeiterschutzes, aber auch der deutschen Arbeiterbewegung eingetragen. Schon als preussischer Minister für Handel und Gewerbe, in den Jahren 1890-96, war er eifrig bemüht, die Sozialpolitik auszubauen. Bald nach seiner Ernennung zum Minister ergingen die berühmten beiden Arbeitererlasse Kaiser Wilhelm II., von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz forderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leib und Leben und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrage mit den Unternehmern verlieh. Im Jahre 1907 wurde durch ihn die Reichsversicherungsordnung erlassen, die die Arbeiter in der Reichsversicherung einbürgerte. In der Reichsregierung trat er für die Reformarbeit ein, die in der Reichsregierung kein Platz mehr sei. Er nahm seinen Abschied. Mit umso größerem Eifer trat er nun als Privatmann für seine Ideale in der Öffentlichkeit ein. Im

Berein mit gleichgesinnten Männern leate er den Grundstein zu der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz und der Gesellschaft für Soziale Reform, deren Vorsitzender er bis zum heutigen Tage ist.

Was er als solcher geschafften oder doch angebahnt hat, das kann hier auch nicht anderungsweise aufgeführt werden. Der Name Berlepsch ist dadurch gewissermaßen zu einem Programm geworden, das erfreulicherweise in steigendem Maße Anhänger gefunden hat. Beachtet folgen diese ihrem Meister und Vorkämpfer, der noch heute in körperlicher und geistiger Frische die Leitung fest in der Hand hat.

Für die Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine hat Frhr. v. Berlepsch stets lebhaftes Interesse empfunden und auch durch die Tat zum Ausdruck gebracht. Wir denken dabei nur an seine Teilnahme an der Feier des 40-jährigen Bestehens unseres Verbandes und sein Auftreten im Zentralrat, als es galt, für die gemeinsamen Bestrebungen der auf nationalen Boden stehenden Arbeiterorganisationen einzutreten. Anlaß genug, daß auch wir an der Feier des 75. Geburtstages dieses wahren deutschen Edelmannes im Herzen teilnehmen und dem Bundesausdruck neben dem Frhr. v. Berlepsch noch viele Tausende des Friedens grüßen und weiter für die Sache der deutschen Arbeiter, die ihm Lebenszweck geworden ist, möge wirken können.

Auch unser Gewerbeverein der Holzarbeiter hat, wie eine Besprechung seines Jahresberichts 1917 in der „Eiche“ beweist, im vorangegangenen Jahre die Schwierigkeiten des Krieges auf überwinden. Seine Kassen sind gut fundiert, sein Vermögen ist sogar noch gewachsen. Die Gewerksvereinskasse weist trotz der weiteren erheblichen Ausgaben für Unterstützungen eine Zunahme um 14.840,45 Mk. auf und ist auf 111.559,55 Mk. gestiegen. Das Vermögen der Krankenkasse ist um 2880,20 Mk. auf 53.830,73 Mk. gestiegen, was darauf zurückzuführen ist, daß sowohl die Ausgaben für Krankengeld wie für Begräbnisbeihilfen gestiegen sind. Viele junge Mitglieder stehen im Felde. Dadurch sind die Einnahmen gesunken, während natürlich, auch mit Rücksicht auf die schlechten Ernährungsverhältnisse, die Ausgaben für die älteren Mitglieder größer geworden sind. Die Sterbekasse des Gewerbevereins hat zwar ihr Vermögen um etwa 2000 Mk. steuern können, so daß es 46.527,98 Mk. beträgt, wiewohl aber doch die Begleiterscheinungen des Krieges ebenso wie die Krankenkasse. Die trotzdem erzielte Steigerung des Vermögens war nur nominal, dadurch doch zahlreiche jüngere Mitglieder der Kasse beigetreten sind.

In den Hauptkassen des Gewerbevereins der Holzarbeiter ruht also ein Vermögen von insgesamt 251.918,26 Mk. Dabei sind bis Ende vori-

Je mehr Ihr Kriegsanleihe zeichnet, um so eher fällt der letzte Schuß!

In 4 Jahrzehnten
ist Deutschlands

Roheisen- erzeugung	Stahl- erzeugung	Steinkohlen- förderung	Bevölkerungs- zahl
			
um das 4fache,	um das 10fache,	um das 6fache,	um über 25 Millionen
gestiegen			

Es ist vaterländische Pflicht, Kriegsanleihe zu zeichnen. Niemand darf sich ihr entziehen!

**Ein Volk, das solchen Aufschwung genommen,
das über solche Wirtschaftskräfte verfügt, das
eine solch erdreichende Bevölkerung hat, ist
der sicherste Schulbauer. - Wer Kriegs-
anleihe zeichnet, zeichnet daher
die sicherste Kapitalanlage
der Welt!**

gen Jahres nicht weniger als 364.000 Mk. Unterstützung in der Kriegszeit gezahlt worden. 143.000 Mark entfallen davon auf Krankenfälle und 50.000 Mark auf Sterbefälle. Der Börsenanteil von etwa 171.000 Mk. wurde von der Gewerksvereinskasse getragen. Die Mitglieder dürfen also auch für die Zukunft volles Vertrauen zu ihrem Gewerbeverein haben, und sie werden sich selbst den größten Dienst erweisen, wenn sie unablässig für jene Verneuerung und Stärkung sorgen. Obige Zahlen, richtig verwandt, sind das beste Agitationsmaterial.

Zur Aufklärung! Durch einen Teil der Tagespresse ging dieser Tage eine Notiz über „die Entwicklung der Gewerksvereine“, die einen Auszug aus dem ersten Aufsatz über „Unsere Ortsverbände i. N. 1917“ brachte in einer Fassung, die eine ganz falsche Vorstellung zu erwecken geeignet ist. In der Notiz heißt es:

Die Entwicklung der deutsch-deutschen Gewerksvereine im Kriegsjahr 1917 wird in deren Zentralorgan „Der Gewerbeverein“ eingehend geschildert. Ende 1917 waren 203 Ortsverbände der Gewerbevereine vor-

handen. Von diesen haben aber nur 148 einen Jahresbericht dem Zentralrat eingekandt. Den berichtenden 148 Ortsverbänden waren Ende 1917 im ganzen 917 Ortsvereine angeschlossen, 20 mehr als am Anfang des Jahres. Die 148 Ortsverbände hatten am Schluß des Jahres 1917 eine Mitgliederzahl von 42.091 gegen 28.709 am Beginn des Jahres. Diese Steigerung um 46,8 Prozent bezieht sich aber nur auf die 148 Ortsverbände, aus denen Jahresberichte vorliegen. Neben den Ortsverbänden gibt es noch 65 Ortsvereine, die sich noch nicht entschließen konnten, einem Ortsverband beizutreten.

Diese Schildung bedarf einer Ergänzung. In der Zahl der Gewerksvereinsmitglieder fehlen nicht allein die 65 Ortsvereine, die ihrer Lage nach zu einem Ortsverbande gehören müßten, sondern auch diejenigen, die in den zum Teil recht großen 55 Ortsverbänden vereinigt sind, die leider nicht rechtzeitig oder gar keinen Bericht eingekandt haben. Es fehlt aber weiter die große Zahl der Mitglieder aus den nach Sunderten zählenden Ortsvereinen, die über das ganze Reich verstreut sind und ihrer Lage wegen die Zugehörigkeit zu einem Ortsverbande nicht erwerben können. Dadurch kann leicht ein falsches Bild entstehen, wes-

halb wir hier ausdrücklich feststellen, daß die Mitgliederzahl der Deutschen Gewerbevereine Ende 1917 genau 76.774 betrug und daß diese Zahl am Ende dieses Vierteljahres bestimmt auf über 80.000 gestiegen ist. Dabei sind die im Felde stehenden Kollegen, die doch auch zu uns gehören, nicht eingerechnet, so daß unsere Mitgliederzahl weit über den Friedensstand gestiegen ist.

Dies zur Aufklärung und zur Mahnung für diejenigen Ortsverbände, die der Statistik so wenig Interesse entgegenbringen und dadurch mit dazu beitragen, daß in der Öffentlichkeit irreführende, unsere Organisation herabsetzende Biffen verbreitet werden.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat eine Reihe von Maßnahmen ins Auge gefaßt, die als Mindestforderungen durchaus gebilligt werden können, die aber der zweifellos drohenden Wohnungsnot nur dann wirksam begegnen können, wenn ihre Durchführung schleunigst in die Hand genommen wird. Zunächst wird verlangt, daß das Reichswirtschaftsamt die Rettung einer

plannmäßigen und umfassenden Wohnungserstellung nach dem Kriege übernimmt. Auf die private Bautätigkeit allein sich zu verlassen, ist unmöglich, deshalb sollen 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitgestellt werden. Mit der gleichen Summe sollen sich Bundesstaaten und Gemeinden beteiligen, so daß zunächst 1 Milliarde Mark für den dringendsten Wohnungsbedarf zur Verfügung stehen. Weiter aber werden neben mancherlei anderen auch noch folgende wichtigste Anregungen gegeben:

Bei dem Mangel an Baustoffen aller Art ist die baldige Wiederinbetriebnahme der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlassung von Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich. Die bei der Heeresverwaltung freiwerdenden Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen abzugeben.

Da trotzdem die Menge der so erstellten Baustoffe in der ersten Zeit nach dem Kriege aller Voraussicht nach dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen wird, so ist dafür Sorge zu tragen, daß alle Bauten nur in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit zur Ausführung kommen. Insbesondere sind Luxusbauten bis auf weiteres ganz zurückzustellen.

Zur Unterbringung Wohnungsloser sind zweckdienliche Familienwohnbaracken zu errichten und zu mäßigen Preisen zu vermieten. Das Baumaterial für sie ist möglichst noch während des Krieges bereitzustellen. Es empfiehlt sich, solche Barackensiedlungen vorwiegend innerhalb der Vorortgemeinden in der Nähe von Bahnhöfen, und zwar so anzuordnen, daß für jede Wohnung ein Gemüsegarten und nach Bedarf auch Stallung und Kleinvieh gegeben wird.

Sofort nach Friedensschluß ist zugleich mit einer plannmäßigen und umfassenden Erstellung gesunder, zweckmäßig eingerichteter Dauerkleinwohnungen möglichst im Flachbau zu beginnen.

Der Einschränkung von Luxusbauten nach dem Kriege, auf die hier ebenfalls hingewiesen wird, ist bis jetzt nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet worden. Und doch sollte man dieses Moment nicht unterschätzen. Denn es besteht die große Gefahr, daß viele von denen, die im Kriege plötzlich reich geworden sind, einen Teil ihres leicht gewonnenen Vermögens in Billen und ähnlichen Luxusbauten werden anlegen wollen. Damit würden nicht nur für notwendige Dinge gebrauchte Materialien dem Markte entzogen werden, sondern alle Materialien würden sicherlich erheblich verteuert werden, weil jene Herren jeden Preis bezahlen würden. Also auch in diesem Punkte verdienen die Forderungen des Wohnungsausschusses ernste Beachtung.

Eine Erklärung des Reichsschatzamtis zur Kriegsanleihe. Von nicht urteilsfähigen oder gewissenlosen Personen werden aus Anlaß der Zeichnung auf die achte Kriegsanleihe wieder allerhand Gerüchte verbreitet. Obwohl diese Gerüchte schon mehrfach eine Widerlegung von berufener Seite erfahren haben, soll noch einmal festgesetzt werden, daß alle Redereien über eine Beschlagnahme des Vermögens oder der Bankguthaben und über eine Schädigung der Kriegsanleihebesitzer durch eine Vermögensabgabe in das Reich der Fabel gehören.

Allein die glänzenden Ergebnisse unserer sieben Kriegsanleihen müßten jedermann selbst davon überzeugen, daß in Deutschland auch nur der Gedanke irgendeines Zwanges oder einer Beschlagnahme von Vermögen gar keinen Platz hat. Dagegen haben unsere Gelehrten ein großes Interesse daran, daß sich heurückende Gerüchte entstehen und durch sie die Kriegsfinaanzierung und damit auch die militärische Kriegsführung gestört wird.

Somit nach dem Kriege die Mittel für die dem Reiche zu erwachsenden Ausgaben insbesondere für die Kriegsanleihebesitzer, durch Steuern aufgebracht werden müssen, wird es das Bestreben der Regierung wie des Reichstages sein, diese Steuern nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit auf alle tragfähigen Schultern zu legen. Reineswas wird hierbei der Kriegsanleihebesitzer stärker belastet werden als derjenige, der sein Vermögen noch nicht in Kriegsanleihe angelegt hat. Im Gegenteil, wie der Staatssekretär des Reichsschatzamtis, Graf v. Roedern, bereits früher erklärt hat, sollen sogar diejenigen, die dem Reiche in schwerer Zeit durch Uebernahme von Kriegsanleihe geholfen haben, wenn irrammäßig, vor anderen, die nicht Kriegsanleihe gezeichnet haben,

bevorzugt werden. Bis jetzt ist diese Bevorzugung schon ausgesprochen worden hinsichtlich der Kriegsgewinnsteuer, bei der die Zahlung der Steuern in Kriegsanleihe zum Nennwert gestattet ist, sowie des Verkaufes der bei der Demobilisierung freiwerdenden Materialien, bei dem nicht nur die Kriegsanleihe zum Nennwert entgegengenommen werden, sondern auch derjenige bevorzugt werden soll, der den Verkaufspreis in Kriegsanleihe zahlt.

Für internationalen Arbeiterschutz! Vor seiner Vertagung hat der deutsche Reichstag eine Entschließung seines Hauptauschusses angenommen, die u. a. den Passus enthält:

„Der Reichstagler zu eruchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über Mindestforderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird.“

Im großen und ganzen entsprechen diese Forderungen denen, die Anfang dieses Jahres die Gesellschaft für Soziale Reform in einer Eingabe an den Reichskanzler aufgestellt hat und in der dahin zu wirken verurteilt wird.

„daß in die Friedensverträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Sozialversicherung aufgenommen werden, welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, binnen einer gemessenen Frist gleichartige oder doch gleichwertige Einrichtungen auf den beiden genannten Gebieten zu treffen.“

Aber auch der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine hat schon vor langer Zeit in ähnlichem Sinne Stellung genommen. In seiner Sitzung vom 29. Juni 1917 gelangte eine Entschließung zur Annahme, die sich mit der Erörterung der Friedensziele befaßte. Darin hieß es, daß es der Zentralrat als Vorbedingung für einen ehrenvollen dauerhaften Frieden für unerlässlich hält.

„daß in den Friedensvertrag Bestimmungen aufgenommen werden, die jedem Volk volle Betätigungsfreiheit auf dem Weltmarkt nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kräfte sichern. Außerdem erachtet es dem Zentralrat dringend erwünscht, daß zwischenstaatliche Vereinbarungen zur Durchführung eines Mindestmaßes von sozialer Fürsorgegesetzgebung (Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung) für alle Kulturnationen festgelegt werden.“

Nachdem nun auch der Reichstag sich entschieden für diese Forderungen ins Zeug gesetzt hat, wird die Reichsregierung sie nicht außer acht lassen können. Wenn auch andere Länder hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung noch viel einzuholen haben, um uns zu erreichen, so wird doch schließlich auf diese Weise denen der Mund gestopft, die bei jedem sozialen Fortschritt wehleidig klagen, daß der deutschen Industrie damit der Wettbewerb auf dem Weltmarkt unmöglich gemacht würde. Das war früher schon Unfug; bei internationalen Vereinbarungen aber kann solchen Einwänden dann jeder Boden entzogen werden.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Generalversammlung

Zusatz-Kranken-Unterstützungskasse des Gewerksvereins der Deutschen Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe

findet am Dienstag, den 9. April 1918, abends 8 Uhr, zu Berlin, Neue Jakobstr. 26, Schultheiß-Ausschank, statt.

Tagesordnung:

- I. Entgegennahme der Abschlüsse der Kasse auf Bericht des Aufsichtsrats.
- II. Entloftung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
- III. Wahl des Vorstandes, der Ersatzmänner und des Aufsichtsrats.
- IV. Allgemeines.

Der Vorstand.

J. A. F. Raping,
Berlin N. 118, Schonenische Str. 41.

Aus dem Verbands.

Bremen. Am 10. März fand hier eine gut besuchte Bezirkskonferenz statt, auf welcher Kollege Hartmann vom geschäftsführenden Ausschuss einen Vortrag hielt über die Aufgaben der Ortsverbände. Redner ging davon aus, daß durch den Krieg den Organi-

sationen neue Aufgaben zugefallen seien. Er erläuterte den vaterländischen Hilfsdienst mit allen seinen Nebenleistungen, wie die Bildung von Arbeiterausschüssen, Schlichtungsstellen und den Mehrheiten. Auch den letzten Streik berührte Redner und wies darauf hin, daß ein Streik ohne Führung nie zu einem guten Ende führen könne. Zu den Aufgaben der Ortsverbände übergehend, wies der Vortragende insbesondere darauf hin, daß die Wahrnehmung allgemeiner Interessen seiner Mitglieder in der Sozial- und Kommunalpolitik die Hauptaufgabe sei und daß man versuchen müsse, durch Stärkung unserer Reichen Einfluß zu gewinnen bei den verschiedenen Körperschaften und Einrichtungen, wie z. B. Arbeitsnachweise, Lebensmittelausschüssen, Schlichtungsstellen, in den Schlichtungskommissionen und der Vertretung der Konsuminteressen. Auch müsse der Ortsverband agitatorisch wirken. Es seien noch viele Berufe den Deutschen Gewerksvereinen nicht angeschlossen, die genannt werden müssen. Aber auch für die vorhandenen Gewerksvereine müssen überall neue Vereine gegründet werden. Man dürfe in der Begeisterung für unsere Sache nie erlahmen, sondern die Ideen der Deutschen Gewerksvereine immer weiter hinaus tragen; dies gelte besonders für die Frauen und Jugendlichen. Nicht mit Unrecht können wir uns noch nahezu 50jähriger Tätigkeit die Bionette der Arbeit nennen. Wenn wir weiter Erfolg haben wollen, so müsse in erster Linie eine Stärkung unserer Reihen erfolgen, um durch die Massen einen Einfluß zu haben, auch in der höchsten Körperschaft, dem Parlament.

In der lebhaften Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß Kollege Hartmann viele neue Gesichtspunkte gesetzt habe, und geloben in diesem Sinne tätig zu sein. In seinem Schlusswort sah Kollege Hartmann die aus der Diskussion sich ergebenden Resultate zusammen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch hier weiter kräftig gearbeitet würde im Interesse der Arbeiter und der Deutschen Gewerksvereine. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit schloß sodann der Vorsitzende mit warmen Dank an Kollegen Hartmann die gut verlaufene Konferenz. G. S.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine Verbandsbaus der Deutschen Gewerksvereine, Breitwalderstraße 22/23. Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 3. April abends 8 1/2 Uhr. — Wandtagungsverein Groß-Berlin (Ortsverein II S. D.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant“, Dorfstraße 1. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Lübbowstraße 93 bei Weredt. — Reichsbauhaus und Metallarbeiter Berlin III. Sonnabend, den 30. März fällt der Jahlabend aus.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Die Regelung der Wanderarbeiterfrage in Europa und Nordamerika. Herausgegeben von Dr. Otto Becker. Ladenpreis 5 Mk. Carl Heymanns Verlag, Berlin S. 8.

Gans, Gertraud. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Bieteljahrespreis 1 Mk. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Jahrgang 1918, Heft 1-3.

Anzeigen-Teil.

Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege.

Sonntag, den 14. April, mittags 12 Uhr, im großen Saale der „Philharmonie“, Brandenburgische Straße 22. Leitung: Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch.

Vortrag: Prof. Dr. Franke.

Ausdrucks:

Geb. Hofrat Prof. Dr. Rujo Brentano / Bismarck-Geb. Rat Dr. Dornburg, R. v. G. / Staatsminister D. Dr. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, R. v. G. und v. A. / Geh. Justizrat Trimbom, R. v. A. und v. A. / Bekkers, R. v. A. / Ausschussvorsitzender des Christlich-Nationalen Arbeiterkongresses / Hartmann, Verbandsvorsitzender der Deutschen Gewerksvereine (S. D.) / Adler, R. v. A. / Begien, R. v. A. / Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands / Aufsäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände / Bechly, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände / Dr. Görnandl, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände / Fr. Herrmann, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände / Dr. Köpfe, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände / Kemmer, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände.

Schluss: bald nach 2 Uhr nachmittags.